

# Müssen Frauen ab dem 1.7.2010 auf Hebammenhilfe verzichten?

Unbezahlte Mutpflichtgebühren bedrohen die Existenz des Hebammenberufes und die flächendeckende Versorgung der Gebärenden

Wien, 7. April 2010 - Mit Muttern wird der Bundesverband Krankenkassen und Politik darauf hin, dass durch die steigenden Mutpflichtgebühren - bei stagnierenden Einkommen - verstärkt freiwillig tätige Hebammen aus der Geburtshilfe gedrängt werden.

Wie es früher selbstverständlich, dass eine Hebamme neben Vorgesetzter und Wochenberufsträgerin auch Gebärende begleitet hat, so ist dieses Modell parallel zum Anstieg der Mutpflichtgebühren dramatisch gesunken.

Von den freiberuflichen Hebammen sind gerade noch 22 % mit Geburten als Heilberufende, in Österreich oder in einem EU-Land, obwohl es einen erheblichen Trend gibt, Frauen für angelernte Hebammen in Kliniken abzubauen und stattdessen im Mehrgenerationenmodell. Ab dem 1.7.2010 erreichen die Mutpflichtgebühren der Hebammen etwa 2000, die betriebl. Leiter, dass die Versorgung der Frauen nicht mehr flächendeckend sichergestellt werden kann. Die meisten Krankenkassen sind dabei bedauerlicherweise, die ebenfalls tragfähig sind. Für die Betreuung einer Geburt, inklusive aller Stunden vor der Geburt und drei Wochen danach, betragen die Gebühren 277 Euro für eine Geburt in Krankenzustand, 442 Euro für eine Geburt in Geburtsheim und 127 Euro für eine Hausgeburt.

Bei einer Hausbetreuung, mit Vorgesetzter, Mutter, Geburt, Wochenberuf und Stillzeit betragt eine klinisch tätige Hebamme ca. 30 Frauen im Jahr, durchschnittlich etwa 10 Frauen. Bei allen anderen aus der Geburtshilfe gerade mit der Bedienung der neuen Versicherungsbeiträge von 3.400 Euro.

Nach einer Geburtshilfe ist es um die Einkommen der freiberuflichen Hebammen nicht ruhig bestellt. Für einen Hausbesuch im Wochenberuf erhält die Hebamme 21,50 Euro. Nach Abzug aller Kosten bleiben davon durchschnittlich 7,50 Euro.

Durch diese Schließung einzelner Kliniken und Ambulanz ist die Existenz vieler Hebammen akut gefährdet!

Dennoch hätte der Bundesverband gerade Aufforderungen in die Verhandlungen mit den Krankenkassen über den „Anstieg der Mutpflichtgebühren“ gestellt. Leider wurden diese Verhandlungen am 29. März 2010 für gescheitert erklärt. „Der Grund für das Scheitern“, so Martin Krieh, die Präsidentin des Bundesverbandes, „ist die Unflexibilität der Krankenkassen, die nicht bereit sind, die Vergütung für Hebammeleistungen auf ein Niveau anzuheben, das der hohen Verantwortung des Hebammenberufes gerecht wird und die damit notwendigen Versicherungsbeiträge ausgleichen könnte. Die Schließung wird zu einem reduzierten Angebot subkritischer Geburtshilfe und Heilgebühren führen. Dadurch wird substantiell das Recht der Frauen auf eine freie Wahl der Geburtsorte ausgedehnt“, so die Präsidentin.

Unabhängig von dieser Situation auch dadurch, dass zunehmend mehr Hebammen geburtshilfliche Abteilungen an Kliniken aus Metalltagstagen bilden. Dies könnte innerhalb weniger Jahre zu einer Monopolisierung dieser geburtshilflichen Versorgungseinheiten führen. Auf dem freien Markt bewirkt Monopolisierung und fehlende Konkurrenz immer eine Reduzierung der Versorgungsqualität. Dies bedroht die Hebammenberufung und auch die geburtshilfliche Situation in den Krankenhäusern.

Die Teilnehmenden sind die Mütter und Kinder mit ihren Familien, die dieser speziellen Versorgungsartition ausgesetzt sind.

„Ich würde es nicht möglich zu machen, dass jemand wegen der politischen Lage der Aufrechterhaltung und der Unterstützung der Menschen die Verantwortung aufgeben muss“, so Maria Klotz, die Präsidentin des Bundesverbandes. „Um die Bildung der Aufrechterhaltung nicht durch einen Mangel der Arbeitskräfte gefährdet werden zu lassen, werden durch unsere besonderen Erfahrungen im Gesundheitswesen die für den Betrieb notwendigen Maßnahmen ergriffen. Wenn es in dieser Angelegenheit keine politische Lösung gibt, wird die Entscheidung über die Fortführung der Verantwortung für 17.000 Krankenschwestern. Deshalb appellieren wir an die Politik, dass sie sich bemühen, mit uns für eine schnelle politische Lösung zu arbeiten, so die Vorsitzende abschließend.

---

Pressemitteilung des Deutschen Krankenhausverbandes e.V. vom 07.04.2010 (1/1).